

Fakten für die Klimadebatte

Ende Februar präsentierte die DPG in Brüssel die englische Fassung der Klima- und Energiestudie und lud zur Diskussion über Notwendigkeiten und Möglichkeiten beim Klimaschutz ein.

Stefan Jorda

#) Die vollständige Studie ist auf www.dpg-physik.de zu finden; vgl. Physik Journal, Dezember 2005, S. 6 und April 2006, S. 6.

Kann Deutschland seine Kyoto-Emissionsziele erreichen und sind die darüber hinausgehenden Ziele für 2020 realistisch? Lassen sich die Pläne für den Ausbau der erneuerbaren Energien und den Ausstieg aus der Kernenergie mit diesen Zielen vereinbaren? Mit diesen und ähnlichen Fragen beschäftigt sich die Studie „Klimaschutz und Energieversorgung in Deutschland 1990 – 2020“, die die DPG Ende 2005 veröffentlicht hat. Die Experten kamen darin zu dem Schluss, dass Deutschland dabei ist, seine Klimaschutzziele zu verfehlen.^{#)}

Nachdem die Studie auf sehr großes Interesse gestoßen ist – über 3000 gedruckte Exemplare wurden verteilt, über 17 000 Interessierte griffen auf sie online zurück –, ist sie inzwischen auch ins Englische übersetzt worden. Zur Präsentation auf dem europäischen Parkett luden Ende Februar die DPG und der Freistaat Bayern in die bayerische Vertretung bei der EU in Brüssel. Vor über 200 Gästen aus Politik und Wirtschaft betonte die Bayerische Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten Emilia Müller in ihrer

Begrüßung, dass das Thema der Studie angesichts des kürzlich veröffentlichten IPCC-Berichts zum Klimawandel aktueller nicht sein könnte. „Ihre Arbeit hat Gewicht“, sagte sie, denn „die DPG ist nicht irgendwer.“

DPG-Präsident Eberhard Umbach unterstrich in seiner Einführung, dass eine verantwortliche Energie- und Klimaschutzpolitik Fakten benötige: „Wir müssen ohne Vorurteile und ohne



Souverän moderiert von Jeanne Rubner (2. v. l.) diskutierten (v. l.) Rolf Linkohr, Martin Keilhacker, Rebecca Harms und Knut Kübler (Foto rechts außen) auf dem Podium.

Fotos: V. Günther

ideologische oder rein ökonomische Befangenheit handeln, und zwar auf der Grundlage von stichhaltigen technischen und wissenschaftlichen Fakten“. Solche Fakten zu liefern, sei die Aufgabe von unabhängigen Experten und Institutionen wie der DPG. Angesichts des langsamen Fortschritts beim Klimaschutz in Deutschland schlug Umbach vor, dass Deutschland oder die EU eine großangelegte Forschungs- und Entwicklungsinitiative für die Energieversorgung und den Klimaschutz ins Leben rufen solle.

Wunschdenken und verfehlte Ziele

Walter Blum, Vorsitzender des DPG-Arbeitskreises Energie (AKE), legte anschließend dar, dass die CO₂-Emissionen in Deutschland – sieht man von dem einmaligen Effekt der Wiedervereinigung ab – zwischen 1992 und 2005 nur um 0,6 Prozent pro Jahr reduziert wurden und das Ziel einer 25-prozentigen Reduktion um 100 Megatonnen pro Jahr weit verfehlt wurde. „Das gab es viel Wunschdenken“, sagte er. Im Hinblick auf die Zukunft zeigte er, dass das Ziel, die deutschen Emissionen von Treibhausgasen

bis 2020 um 40 Prozent zu reduzieren, vollkommen unrealistisch sei. Selbst wenn man die erneuerbaren Energien maximal ausbaue und weitere Möglichkeiten zum CO₂-Sparen berücksichtige, bedeute das Abschalten der Kernkraftwerke die Emission von zusätzlichen 112 Millionen Tonnen an Treibhausgasen pro Jahr. Damit ließen sich die Treibhausgase bis 2020 nur um 26 Prozent senken, ein „sehr mageres Resultat für 30 Jahre Klimapolitik“, sagte Blum. Die Studie weist eindringlich darauf hin, dass nur mit längeren Laufzeiten der Kernkraftwerke eine Reduktion der Emissionen um 35 Prozent möglich ist. Darüber hinaus sollte sich Deutschland für den Bau von solarthermischen Kraftwerken in Südeuropa und Nordafrika engagieren, die allerdings nur bei einem schnellen Start noch vor 2020 Strom nach Deutschland liefern könnten. Im Hinblick auf die EU-15-Staaten betonte Blum, dass die CO₂-Emissionen sogar noch leicht anwachsen und dass ein leichter Rückgang der Treibhausgase nur den rückläufigen Emissionen von Methan und Lachgas zu verdanken sei.



DPG-Präsident Eberhard Umbach unterstrich die Notwendigkeit, die Klimadebatte auf solider Faktenbasis zu führen.

Die lebhafte Podiumsdiskussion im Anschluss offenbarte insbesondere beim brisanten Thema Kernenergie die unterschiedlichen politischen Überzeugungen. Martin Keilhacker, Fusionsforscher und AKE-Mitglied, betonte, dass es nicht um den Bau neuer Kernkraftwerke gehe, sondern allein um den Weiterbetrieb der bestehenden. Angesichts „mehrerer ernsthafter Zwischenfälle“, zum Beispiel in Brunsbüttel oder im schwedischen Forsmark, wollte die Europaabgeordnete der Grünen Rebecca Harms dieses Argument jedoch nicht gelten lassen und betonte, Kernenergie sei gefährlich. Ihr widersprach Rolf Linkohr, Sonder-



Walter Blum stellte in Brüssel die wichtigsten Ergebnisse der DPG-Studie zum Klimaschutz vor.

berater des EU-Kommissars für Energie und langjähriger Europaabgeordneter der SPD: Dank der Fortschritte bei der Kerntechnologie sei die entscheidende Frage heute nicht mehr die nach der Sicherheit, sondern die nach der Lagerung der radioaktiven Abfälle, und „das ist ein psychologisches, kein technisches Problem“. Der Kernkraft sei es zu verdanken, dass die Franzosen heute pro Person und Jahr sieben Tonnen CO₂ emittieren, die Deutschen hingegen zehn Tonnen. Im Gegensatz zu der erfolgreichen Politik für erneuerbare Energien vermisste Harms Erfolge bei Energieeinsparung und -effizienz. „Bislang war Energie zu billig und die Preise haben nicht die ökologische Wahrheit ausgedrückt.“, sagte sie. Daher solle nun ins-

besondere die Effizienz von Häusern gesteigert werden. „Der beste Anreiz dafür ist das Geld“, sagte Keilhacker und unterstrich, dass alle CO₂-freien Optionen entwickelt und ausgebaut werden müssten. Angesichts der langen Lebensdauer von Kraftwerken dämpfte Knut Kübler aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie die Hoffnungen auf schnelle Änderungen. Es gebe keinen Königsweg für die Reduzierung der Emissionen, und im Vergleich mit anderen Ländern sei Deutschland ohnehin als „Musterknabe“ anzusehen. Der kurze politische Schlagabtausch in der abschließenden offenen Diskussion zeigte deutlich, dass jenseits aller Fakten die politische Diskussion des Klimawandels erst begonnen hat.



Knut Kübler ist Energieexperte aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie.